

685230-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Wasserbauarbeiten – Wiederherstellung des Yachthafens Damp

OJ S 192/2026 05/10/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kurbetriebe Damp GmbH

E-Mail: info@kurbetriebe-damp.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Wiederherstellung des Yachthafens Damp

Beschreibung: Inhalt dieser Ausschreibung ist die Erneuerung der Böschungsfußsicherung der Ufersicherung des Innenhafens, die als vorbereitende Maßnahme zu den geplanten Naßbaggerarbeiten des Innenhafens erneuert werden muss. Die Leistung ist Teil des Gesamtprojektes zur Wiederherstellung des Yachthafens in Damp und wird als Los gesondert ausgeschrieben. Die ausgeschriebene Leistung umfasst: Rückbau und Entsorgung von Steganlagen; die Erneuerung der Fußpfahlreihe durch eine Stahlspundwand ohne Abschlussholm. Für alle Unterlagen, die für das Projekt erstellt werden, gelten folgende Grundlagen: Lagebezug: ETRS 1989 UTM Zone 32N; Höhenbezug: m NHN (DHHN2016). Nähere Angaben sind in den Vergabeunterlagen enthalten.

Kennung des Verfahrens: b1000000-c0de-4000-a000-00d463014358

Interne Kennung: YHD-08

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45240000 Wasserbauarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45111300 Abbauarbeiten, 45111100 Abbrucharbeiten, 45243000 Bauarbeiten für Küstenschutzanlagen, 45241000 Bauarbeiten für Häfen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingender Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 2 und 3 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Betrug: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 4 und 5 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Korruption: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 6, 7 und 8 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 6, 7, 8 und 9 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 1 Nr. 10 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 2 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 3 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 4 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 5 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 6 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 7 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Fakultative Ausschlussgründe nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 8 und 9 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund nach Maßgabe des § 6e EU Abs. 6 Nr. 2 VOB/A. Nichtvorliegen durch Eigenerklärung mit Formblatt 124 nachzuweisen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Wiederherstellung des Yachthafens Damp

Beschreibung: Inhalt dieser Ausschreibung ist die Erneuerung der Böschungsfußsicherung der Ufersicherung des Innenhafens, die als vorbereitende Maßnahme zu den geplanten Naßbaggerarbeiten des Innenhafens erneuert werden muss. Die Leistung ist Teil des Gesamtprojektes zur Wiederherstellung des Yachthafens in Damp und wird als Los gesondert ausgeschrieben. Die ausgeschriebene Leistung umfasst: Rückbau und Entsorgung von Steganlagen; die Erneuerung der Fußpfahlreihe durch eine Stahlspundwand ohne Abschlussholm. Für alle Unterlagen, die für das Projekt erstellt werden, gelten folgende Grundlagen: Lagebezug: ETRS 1989 UTM Zone 32N; Höhenbezug: m NHN (DHHN2016). Nähere Angaben sind in den Vergabeunterlagen enthalten.

Interne Kennung: YHD-08

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45240000 Wasserbauarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45111300 Abbauarbeiten, 45111100 Abbrucharbeiten, 45243000 Bauarbeiten für Küstenschutzanlagen, 45241000 Bauarbeiten für Häfen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Damp

Postleitzahl: 24351

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 87 Tage

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der Eignung ist/sind mit dem Angebot folgende Referenz/en mit vergleichbaren Leistungen vorzulegen: Angaben zu den/dem Referenzprojekt/en aus den vergangenen fünf Kalenderjahren sowie dem laufenden Kalenderjahr, jeweils mit Angabe von Auftraggeber (mit Ansprechperson), Ausführungszeitraum, Art und Umfang der eigenen Leistung und Auftragswert. Die Vergleichbarkeit der Referenz/en bemisst sich nach Art und Größe sowie den nachfolgend genannten Kriterien. Jedes dieser Kriterien muss mindestens einmal erfüllt sein und kann durch ein oder mehrere Projekte nachgewiesen werden. - Einbringen einer Spundwand mit Bohlenlängen von mindestens 3 m und einer Spundwandachse von mindestens 100 m - Ziehen von Pfählen/ Dalben mit wassergebundenen Geräten (maximum Durchmesser 800mm/ maximale Länge 20m) - Entsorgung von gefährlichen Abfällen (zum Beispiel Altholz A4) Der Referenznachweis ist durch eine Eigenerklärung zu erbringen, die der Bieter selbst zu erstellen hat. Wenn die Referenzen durch einen Präqualifikationseintrag nachgewiesen werden, müssen die dort hinterlegten Referenzen die vorgenannten Kriterien erkennbar erfüllen. Wenn die im Präqualifikationseintrag hinterlegten Referenzen die Erfüllung der vorgenannten Kriterien nicht erkennen lassen, muss der präqualifizierte Bieter entsprechende ergänzende Angaben zu den Referenzen machen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: § 6a EU Nr. 1 VOB/A — Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes des Bieters verlangt, soweit eine Verpflichtung zur Registereintragung besteht. Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung unter Verwendung des Formblattes 124.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste/ausschreibungen/D463014358>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://bi-medien.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 01/11/2026 23:59:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 58 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufgefordert, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Angaben oder Nachweise - nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen - insbesondere Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise - nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Die Frist wird sechs Kalendertage nicht überschreiten. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der Frist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 ff. GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§ 134 GWB). Nach Zuschlagserteilung ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 2 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Hat

der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kurbetriebe Damp GmbH
Registrierungsnummer: HRB 13 EC
Postanschrift: Auf der Höhe 16
Stadt: Damp
Postleitzahl: 24351
Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)
Land: Deutschland
Kontaktperson: René Kinza
E-Mail: info@kurbetriebe-damp.de
Telefon: +49 (4351) 7379 400
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein
Registrierungsnummer: -
Stadt: Kiel
Postleitzahl: 24105
Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d03c9724-d5d0-4d5d-8112-d8df7507aed1 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/10/2026 13:47:44 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 685230-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 192/2026
Datum der Veröffentlichung: 05/10/2026